

Jugendwiderstandsmuseum Galiläakirche

Schriftenreihe zur Geschichtswerkstatt:

Nr. 1

Die Geschichte des Widerstands/ der Opposition in der DDR im Überblick



HEDWIG-WACHENHEIM-GESELLSCHAFT E.V.

Oderstraße 16
10247 Berlin

Andy Hehmke
Autor

Tel.: 030 – 284 72 64 40
Fax: 030 – 284 72 64 41

E-Mail: info@diehedwig.org
<http://www.diehedwig.org>

Stand 02.10.2008

Die Geschichte des Widerstands/ der Opposition in der DDR im Überblick¹

Neben einigen grundsätzlichen Informationen zum Staatsaufbau und zur Gründung der DDR, die Teil des Ausstellungskonzeptes werden, aber hier nicht separat aufgeführt werden, dient dieser Teil zur Einordnung von Jugendwiderstand/Jugendopposition in der DDR, insbesondere nach 1968, in einen längerfristigen Kontext.

Beginnend mit der sowjetischen Besetzung Berlins am 2. Mai und der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 sollen anhand eines Zeitstrahls die Geschichte der SBZ (ab 1949 der DDR) und des Widerstandes/ der Opposition in der DDR kurz und überblicksartig dargestellt werden.

Widerstand und Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone (1945-1949)

Beginnend mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 und der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen soll zunächst die Geschichte von Widerstand und Opposition in der SBZ in der Nachkriegszeit bis hin zum Zeitpunkt der Gründung von zwei deutschen Staaten im Jahr 1949 anhand der Dokumentation wichtiger politischer Ereignisse sowie Erscheinungsformen und Handlungsziele von widerständigem und oppositionellen Verhalten in der SBZ dokumentiert werden. Hauptziele von widerständigem und oppositionellen Verhalten in diesem Zeitraum waren das Eintreten für einen demokratischen Sozialismus, die Befürwortung von Rechtsstaatlichkeit und die Verhinderung der Vormachtstellung der immer mehr stalinistisch geprägten SED.

Der Widerstand gegen den Aufbau des Sozialismus (1950-1953)

Es schließt sich die Dokumentation des Zeitraums zwischen 1949 bis 1953 an. Mit der Zweistaatlichkeit waren die Bundesrepublik und die DDR auf eine grundlegend unterschiedliche Entwicklung des politischen Systems, des ökonomischen Systems sowie der gesellschaftlichen Teilsysteme (z.B. Kultur, Wissenschaft, Medien) festgelegt. Hauptmotive und -ziele von Widerstand und Opposition in dieser Zeit waren v. a. das Eintreten gegen die völlige Vormachtstellung der SED und gegen die vollständige Eliminierung von demokratischen Prinzipien innerhalb der Parteien und Institutionen sowie gegen die Gleich- bzw. Ausschaltung von nicht SED-konformen Institutionen.

SED-interne Widersprüche und Herrschaftssicherung – Weitere Ausschaltung von Kritikern und Gegnern (1954-1960)

Die im Nachgang der Ereignisse des 17. Juni 1953 ausgelösten SED-internen Machtkämpfe und Diskussionen nutzten die moskautreuen Hardliner um Ulbricht für eine weitere Festigung ihrer Macht durch die Ausschaltung von Kritikern des Kurses Ulbrichts. Insbesondere die nach Stalins Tod lauter werdenden Forderungen nach Entstalinisierung, die auch innerhalb der SED erhoben wurden, wurden scharf zurückgewiesen und durch harte Repressionen geahndet. Mit dem verschärften Druck auf die Kirchen wurde die Geschlossenheit der kirchlichen Opposition gebrochen, christliche Kritik und Opposition wurden verschärft verfolgt, der gesellschaftliche Einfluss der Kirchen durch staatliche Maßnahmen weiter vermindert. Widerständiges Verhalten artikuliert sich verstärkt in Form der Wehrdienstverweigerung nach der Gründung der NVA 1956 und durch Arbeiterproteste und Streiks, vor allem in Großbetrieben, in Folge des Aufstands in Ungarn 1956, der neue Hoffnungen nach einer Demokratisierung in der DDR aufkeimen ließ. Auch der studentische Protest erlebte in dieser Zeit eine neue Blüte. In den späten 1950er Jahren kam es zu einer Zunahme von Bauernprotesten gegen die Kollektivierungspolitik der SED. Die Ausreisewelle in den Westen erreichte nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1953 einen

¹ Zu allen unter 4.1.1. niedergeschriebenen Ausführungen vgl. als Überblick über 40 Jahre Oppositionsgeschichte in der DDR (inkl. der Einteilung in die verschiedenen Phasen der Oppositionsarbeit): Neubert, Erhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 1997.

Höhepunkt. Viele hatten die Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung in der DDR verloren und sahen in der Ausreise die einzige Möglichkeit, sich der Repression zu entziehen und ein Leben in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu führen. Die Chancen auf materiellen Wohlstand im Westen („Wirtschaftswunder“) verstärkten insbesondere die Abwanderung von Hochqualifizierten.

Mauerbau, Prager Frühling und die Forderung nach Freiheit im Sozialismus (1961-1971)

Der Mauerbau am 13. August 1961 stellte die Opposition in der DDR vor neue Herausforderungen. Verbindungen in den Westen waren faktisch nicht mehr möglich. Die Kirchen als letzte bis dahin gesamtdeutsch agierende Institutionen waren nunmehr getrennt. Das „Ventil“ der Ausreise war für die Menschen in der DDR verloren gegangen. Ausreise war nunmehr nur noch als lebensgefährliche Flucht oder mit Genehmigung der DDR-Behörden möglich. Die Opposition in der DDR richtete ihre Anstrengungen nunmehr auf die Forderungen nach einem reformorientierten Sozialismus, der die Führungsrolle der SED und das Gesellschaftsmodell des Sozialismus nicht bzw. nur begrenzt in Frage stellte. Neue Nahrung erhielten diese Forderungen durch den so genannten „Prager Frühling“ 1968, in dessen Rahmen in der tschechoslowakischen Republik Reformkräfte innerhalb der kommunistischen Partei den Versuch eines „Dritten Weges“, eines an demokratischen Grundsätzen orientierten Sozialismus unabhängig vom Einfluss Moskaus, unternahmen. Dieser Kurs wurde von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt, jedoch nach kurzer Zeit von der sowjetischen Armee mit militärischer Gewalt niedergeschlagen. Die Ereignisse des 17. Juni 1953, der Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956, des Mauerbaus 1961 und der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 markierten wesentliche Einschnitte für widerständige und oppositionelle Bestrebungen in der DDR und führten zu einer weiteren Festigung der SED-Herrschaft. Zudem markierten sie als traumatische Einschnitte die veränderten Handlungsmöglichkeiten der Opposition.

Die Suche nach Alternativen (1972-1978)

Die 1970er Jahre waren geprägt von marxistisch geprägten Ansätzen eines sozialistischen Staats- und Gesellschaftsmodells, die stark auf die „Gewährung politischer Menschenrechte“ abzielten. Bekannteste Vertreter dieser Richtung waren Wolf Biermann, Robert Havemann und Rudolf Bahro. Hinzu kam eine sich stärker entwickelnde „Kulturopposition“, die versuchte, sich legale Handlungsspielräume im offiziellen Kulturbetrieb zu erschließen. Unter dem Dach der evangelischen Kirche entstand zudem eine zunehmend besser vernetzte Struktur kirchlicher Oppositionsgruppen, die den legalen Handlungsspielraum und den zumindest teilweisen Schutz vor staatlichen Repressionen, den die Institution Kirche zumindest teilweise bot, für ihre Arbeit nutzte und sich auch in personeller und inhaltlicher Hinsicht ab Mitte der 1970er Jahre besser vernetzte. Da der Opposition politische Mitsprache nicht möglich war, versuchte man über die Formulierung einer christlichen Sozialethik, die auch aktuelle gesellschaftliche Fragen und Probleme integrierte (z.B. Themen wie Frieden, Ökologie, Dritte Welt), der Opposition in der DDR ein theoretisches Fundament zu schaffen. Nach der Zerschlagung der Kulturopposition und der Ausbürgerung Biermanns 1976 erlebte die Oppositionsarbeit unter dem Dach der evangelischen Kirche eine Hochkonjunktur. Von nun an konnten oppositionelle Gruppen und Ideen unter dem Dach der Kirche nicht mehr zurückgedrängt werden. Zu stark waren Unterstützung von Kirchenmitarbeiter/innen, insbesondere auf der unteren Hierarchieebene, und der Zuwachs an kritischen Menschen, die hier einen Anlaufpunkt hatten und sich engagieren wollten. Ihr Einfluss wurde größer, auch wenn die westdeutsche Öffentlichkeit und die DDR-Bevölkerung außerhalb der oppositionellen Milieus diese Entwicklung kaum zur Kenntnis nahm. Die Etablierung einer theoretisch fundierten, kirchlich geprägten Opposition erfolgte parallel zur Ausweitung jugendlicher Subkulturen. Immer mehr Jugendliche versuchten sich zumindest durch ihr Äußeres, ihre Lebensweise und ihren Musikgeschmack von dem staatlich propagierten Idealbild einer jungen „sozialistischen Persönlichkeit“ abzusetzen. Die staatlichen Behörden versuchten größtenteils vergeblich, durch die Schaffung einer sozialistisch geprägten

Unterhaltungskultur auf diese Phänomene zu reagieren. Schließlich erfolgten willkürliche Übergriffe auf alternative Jugendliche, Platzverbote, „Verbannung“ (Jugendliche erhielten für Jahre Berlinverbot und wurden - z.B. wenn in Großstädten große Veranstaltungen / Konzerte stattfanden - in Dörfern untergebracht) oder Verhaftungen. Rockkonzerte wurden aufgelöst, die subkulturellen Treffpunkte überwacht und geschlossen. Subkulturell geprägte Jugendliche schufen sich v.a. in den Städten neue Freiräume. Von der Bildung von Wohngemeinschaften mit Gleichgesinnten bis hin zur Besetzung maroder, zum Abriss freigegebener Altbauten reichten die subkulturellen Aktionen. Neben der Ausbreitung von Subkulturen wurden auch vermehrt legale Möglichkeiten der Verweigerung genutzt, bspw. die Nicht-Teilnahme an staatlich initiierten Demonstrationen. Immer mehr Menschen nahmen für sich auch Rechte in Anspruch, die sie aus der Mitgliedschaft der DDR in der UNO und der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki ableiteten.

Unter dem Dach der evangelischen Kirche entwickelte sich in den 1970er Jahren unter dem Begriff *Offene Arbeit* ein emanzipatorischer Ansatz der Jugendarbeit abseits der staatlich und kirchlich reglementierten Jugendarbeit, der die individuellen Interessen und Neigungen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellte. Im Rahmen der *Offenen Arbeit* wurden auch DDR-kritische Einstellungen thematisiert, subkulturelle Einstellungen und dissidentes Verhalten nicht nur akzeptiert, sondern als Teil der Jugendarbeit verstanden. Dies brachte vielen der verantwortlichen Pfarrer in den Gemeinden auch große Konflikte mit den Kirchenoffiziellen ein, die stets an einem Dialog mit den staatlichen Stellen interessiert waren und denen staatskritische Arbeitsansätze unter dem Dach der Kirchengemeinden eher suspekt waren. Die Ausdifferenzierung von Kirchenleitung und Basis bot den an der Basis Engagierten aber immer noch Freiräume, die intensiv genutzt wurden.

Die Forderung nach Frieden und Abrüstung als Integrationsthema der DDR-Opposition (1979-1983)²

Seit dem Ende der 1970er Jahre entwickelte sich in der DDR eine Friedensbewegung, die mit diesem Thema große Teile der Opposition integrieren konnte. In der Opposition dominierten protestantische Orientierungen. Kritische marxistische Ansätze und die Ansätze der Kulturopposition wurden unter dem Dach der Kirche fortgeführt und fanden ebenfalls Eingang in die Forderungen der Friedensbewegung. Im Zentrum dieser Forderungen stand insbesondere das Eintreten für Abrüstung in Ost und West sowie für einen sozialen Friedensdienst als Alternative zur NVA. Das bekannteste Symbol der Friedensbewegung war der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, der als Erkennungszeichen von friedensbewegten Oppositionellen galt und nach kurzer Zeit verboten wurde.³ Mit dem Nato-Doppelbeschluss 1979 und der damit zusammenhängenden Nachrüstung auch im Ostblock erhielt das Friedensthema eine Bedeutung für die Opposition, die nicht nur fast alle Strömungen und Gruppen integrieren konnte, sondern auch die Legitimation der „Friedenspolitik“ des SED-Staates, der sich in seinem Selbstverständnis als „Friedensstaat“ bezeichnete, an dieser sensiblen Stelle in Frage stellte. Zahlreiche Friedensveranstaltungen, Friedensdekaden, Demonstrationen, Friedensgottesdienste, -gebete und -appelle, die auch in Teilen der DDR-Bevölkerung und im Westen Beachtung fanden, kennzeichneten die Aktivitäten der Friedensbewegung in dieser Zeit. Publikationen, oft unter primitiven Bedingungen hergestellt und vervielfältigt, verbreiteten die Ideen der Opposition. Diese *Samisdat*-Publikationen wurden zunehmend auch archiviert, die Oppositionsarbeit besser koordiniert.⁴

² Zur den Zielen und Aktivitäten der kirchlichen Friedensarbeit im letzten Jahrzehnt der DDR vgl. die umfassenden, mit zahlreichen Quellentexten versehenen Ausführungen in: Meckel, Markus/ Gutzeit, Martin, *Opposition in der DDR: zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte*, Köln 1994.

³ Zur Bedeutung dieses Symbols für die Friedensbewegung in der DDR vgl. Passauer, Martin-Michael, „*Schwerter zu Pflugscharen*“ – *Vision und umstrittenes Symbol. Interview von Ludwig Mehlborn*. In: Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.), *Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989*, Berlin 2002, S. 287- 292.

⁴ Zur Entwicklung und Bedeutung der Samisdat-Publikationen für die Opposition in der DDR vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.), *Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989*, Berlin 2002.

Der Ansatz der *Offenen Arbeit* unter dem Dach der Kirche fand unter den Jugendlichen immer mehr Zuspruch, nicht zuletzt, weil das SED-Regime jedes Bestreben der Jugendlichen nach Selbstbestimmung, Abgrenzung und Emanzipation mit starken Repressionen beantwortete. Für viele Jugendliche war die *Offene Arbeit* die einzige Möglichkeit, ihre Freizeit außerhalb staatlich reglementierter Angebote zu verbringen. Bei vielen entstand zudem der Wunsch, selbst im Rahmen der Kirche und der *Offenen Arbeit* beruflich tätig zu werden. Diese Entwicklung trug immer wieder zu wachsenden Spannungen zwischen der Kirchenbasis und den dem Regime gegenüber loyalen Kirchenfunktionären bei.

Ihre umfangreichste Ausprägung fand die *Offene Arbeit* in Thüringen, in Sachsen (v.a. Leipzig) sowie in Ost-Berlin. In mehreren Friedrichshainer Kirchengemeinden, u.a. in der Galiläagegemeinde, hatte sich die *Offene Arbeit* stark politisiert. Es bestanden auch Netzwerke mit Personen und Treffpunkten außerhalb der Kirche. Kennzeichnend insbesondere für die Arbeit in mehreren Friedrichshainer Kirchengemeinden war die Öffnung der *Offenen Arbeit* für die anfänglich zumeist unpolitischen Punks. Durch die starken staatlichen Repressionen, denen die Punks ausgesetzt waren, sowie durch ihre Integration in die *Offene Arbeit* wurden sie aber stärker politisiert, so dass die Wirkungsmächtigkeit der *Offenen Arbeit* über die kircheninterne Verständigung zu Umwelt- und Friedensthemen weit hinausging und auch öffentlich sichtbar wurde.

Legendär wurden die so genannten Bluesmessen, die seit 1979 in Ost-Berlin stattfanden. Unter dem Dach der evangelischen Kirche wurden durch diese Form der Symbiose zwischen öffentlichem Gottesdienst und Musikkonzert, zumal aufgrund der Aufführung kritischer Texte, diese Bluesmessen zum beliebten Anlaufpunkt für tausende Besucher, die sich fast ausschließlich aus den verschiedenen Subkulturen rekrutierten und ihre Ablehnung der vorherrschenden Verhältnisse mit diesem Besuch zum Ausdruck brachten.

Aber auch andere Emanzipationsbewegungen entstanden in dieser Zeit als Ergebnis der Ausdifferenzierung der DDR-Opposition und organisierten ihre Arbeit ebenfalls weitgehend unter dem Dach der evangelischen Kirche. Verschiedenste Gruppen beschäftigten sich mit zumeist sozialetischen Fragestellungen. Dazu gehörten Umweltgruppen, Gruppen, die sich mit der Ethik der Wissenschaften befassten, ebenso wie Frauen- und Dritte-Welt-Gruppen aber auch Gruppen, die sich gegen die Diskriminierung von Homosexuellen engagierten. Neben vielen lokal begrenzt agierenden Einzelgruppen zu verschiedensten Themen kam es aber auch zu einer zum Teil DDR-weiten Vernetzung von Gruppen, zu gemeinsamen Projekten und Aktivitäten wie bspw. überregionalen Treffen. Zum Teil wurden auch Kontakte zu den *Neuen Sozialen Bewegungen* im Westen unterhalten sowie zur Partei *Die Grünen*.

Die Jahre 1982/83 bildeten einen Höhepunkt der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten dieser Gruppen.

Die Formierung der Opposition als Demokratiebewegung und die Rolle der Opposition im Zusammenhang mit der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch der SED-Diktatur (1984-1989/90)⁵

Zu einem starken Einschnitt in die Arbeitsweisen und Strukturen der DDR-Opposition kam es in den Jahren 1983/84. Die staatlichen Repressionen gegen die Friedensbewegung wurden nochmals verstärkt, vielen Aktivisten wurde die Ausreise in die Bundesrepublik gestattet, wenn sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Andere wurden verhaftet und in den Westen

⁵ Zu den politischen, ökonomischen und sozialen Einflussfaktoren hinsichtlich der Machterosion des DDR-Nomenklatursystems und des Erstarkens der Opposition ab der Mitte der 1980er Jahre bis zum Zusammenbruch des DDR-Regimes vgl. die zusammenfassende Darstellung in: Staritz, Dietrich, *Geschichte der DDR*, Frankfurt/Main, erweiterte Neuauflage 1996, 346-408.

abgeschoben. Dies schwächte die Wirksamkeit oppositioneller Arbeit und führte zum Teil zu Verschiebungen hinsichtlich der thematischen Schwerpunkte der oppositionellen Aktivitäten.

Die stärkere Bedeutung der Menschenrechtsfrage fand ihren Ausdruck u.a. in der Gründung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* 1986 in Berlin. Mit der Gründung der *Umwelt-Bibliothek* im gleichen Jahr zeigte sich trotz der Versuche, die Opposition zu schwächen, die wachsende Effizienz der oppositionellen Kräfte in der DDR.

Die Zahl der Ausreiseantragsteller nahm auch in den 1980er Jahren zu. Insbesondere diese Personen waren starken Repressionen ausgesetzt. Im Vergleich zur Zahl der Ausreiseantragsteller war die Anzahl der in der Opposition aktiv mitwirkenden Personen deutlich geringer. Zudem achteten die meisten der oppositionellen Gruppen auf den Anspruch der Legalität ihres Handelns und sie stellten eine Öffentlichkeit her, wo immer dies möglich war. Dies schützte sie zum Teil gegen Übergriffe und Verfolgung. Jedoch gab es auch Gruppen, denen die systemimmanente Opposition zu wenig Wirkung erzielte, sondern die das politische System fundamental in Frage stellten. Ein Beispiel dafür sind z.B. Aktionen von Personen im Umfeld der *Offenen Arbeit* in Jena, aber auch in anderen Städten der DDR.

Mitte der 1980er Jahre kam es zu weiteren Ausdifferenzierungen innerhalb der oppositionellen Szene. Es gab Gruppen, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Umweltschutzes, der Dritten Welt, mit Demokratie und Menschenrechten, von Frieden und Abrüstung, mit theologischen Zugängen zu verschiedenen dieser Themen, mit politischen Utopien und konsumkritischer Zivilisationskritik oder Wehrdienstverweigerung und der Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst beschäftigten. Die meisten der Gruppen arbeiteten unter dem Dach von Kirchengemeinden. Wesentlich für die Arbeitsmöglichkeiten der Gruppen war das fortwährende Spannungsverhältnis zwischen staatsloyalen oberen Kirchenfunktionären und den kirchlichen Verantwortlichen auf den unteren Stufen der Kirchenhierarchie, die die Aktivitäten der Gruppen duldeten bzw. offen unterstützten. Staatsloyale Kirchenfunktionäre und das Regime versuchten durch einen Maßnahmenkatalog von der Gewährung von kleineren Aktionsradien der Gruppen mit innerkirchlichem Charakter (mit dem Ziel der religiösen, institutionsgebundenen Kanalisierung von Kritik) über die Einflussnahme auf Kirchenmitarbeiter/innen bis hin zu repressiven Maßnahmen gegen die Gruppen bzw. einzelne Protagonisten und den Einsatz zahlreicher IM die Aktivitäten der Gruppen entweder zu marginalisieren und zu kanalisieren bzw. zu behindern und zu unterdrücken. Das Maß an repressiver Einflussnahme der staatlichen Stellen war umso stärker, je stärker der politische Charakter von Gruppenaktivitäten wurde. Den Gruppen gelang es aber immer wieder, im Rahmen von Veranstaltungen (z.B. Friedensdekaden) Vernetzungen herzustellen, Schriften zu verbreiten und den politischen Charakter ihrer Aktivitäten herauszustellen.

Neue Hoffnung entstand in der DDR-Opposition nach der durch den neuen KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow eingeleiteten Diskussion über neue Bemühungen zur Abrüstung sowie zunächst sanfte innenpolitische Reformen, von denen sich Oppositionelle weniger staatliche Repression und eine sukzessive Demokratisierung des Sozialismus erhofften. Zudem ließ sich durch die Bezugnahme auf die offizielle Regierungspolitik der Sowjetunion der Anspruch der Legalität des eigenen Handelns deutlicher dokumentieren. Damit sollte zudem die Kriminalisierung der Oppositionsarbeit in der DDR durch staatliche Behörden erschwert werden.

Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Legitimationskrise des SED-Regimes und die fortdauernde Reformpolitik in der Sowjetunion führten zu einer Ausweitung oppositioneller Aktivitäten in der DDR in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Immer häufiger konnten *Samisdat*-Schriften verbreitet werden, es kam ab 1987 zur Häufung von öffentlichen Demonstrationen gegen das SED-Regime. Westliche Medien berichteten häufiger über die Arbeit der DDR-Opposition und den öffentlichen Widerspruch gegen das Herrschaftsregime. U.a. durch die

öffentlich zur Schau getragene Scheinliberalisierung des Regimes, durch die Aufgabe der Kriminalisierung von Subkulturen und sogar die Integration diverser Subkulturen ins offizielle staatliche Programm versuchten die Machthaber nun, zu einer stärkeren Entpolitisierung kritischer Gruppen und Milieus beizutragen. Der Erosionsprozess des Regimes und die schwindende Furcht vor staatlicher Repression ließen aber immer mehr Menschen aktiv werden. So entstanden auch außerhalb des Schutzraumes, die die Kirchengemeinden boten, zunehmend oppositionelle Gruppen. Da die SED der rasanten Entwicklung immer öfter hinterherlief, setzte sie erstmals auch auf einen eingeschränkten Dialog mit den Gruppen. Die zunehmende Öffentlichkeit der Oppositionsarbeit in westlichen Medien schützte viele Protagonisten vor staatlicher Verfolgung. Das Regime bevorzugte nun eher konspirative Maßnahmen, um die Handlungsmöglichkeiten der Opposition zu torpedieren.

Bei allen Widersprüchen und unterschiedlichen Zielstellungen innerhalb der Opposition und trotz der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen und Personen konnten oppositionelle Aktivitäten von den Behörden immer weniger kontrolliert und eingeschränkt werden. Trotz verzweifelter Scheinversuche einer gesellschaftspolitischen Öffnung bis hin zur Genehmigung der Teilnahme von Oppositionellen an bestimmten Demonstrationen erstarkte das politische Bewusstsein der oppositionellen Gruppen immer mehr. Als Katalysator für den politischen Protest erwiesen sich die massiven Wahlfälschungen im Rahmen der Kommunalwahlen in der DDR Anfang 1989. In zahlreichen Orten, so auch in Friedrichshain, war es Oppositionellen gelungen, die Stimmenauszählungen zu verfolgen und die Wahlfälschung nachzuweisen. Diese offensichtliche Wahlfälschung wurde auch in den westdeutschen Medien publik gemacht. Das in der DDR-Opposition ausgelöste Trauma der Niederschlagung der Proteste in Peking durch die chinesische Staatsmacht verschaffte dem SED-Regime 1989 nur eine kurze Atempause. Durch die erstmalige Öffnung des *Eisernen Vorhangs* an der ungarisch-österreichischen Grenze im Sommer 1989 wurde eine Massenflucht von DDR-Bürger eingeleitet. In der DDR bildeten sich zahlreiche neue Gruppen, die keine Scheu mehr hatten, sich öffentlich zu artikulieren und die auch in der westlichen Medienöffentlichkeit Gehör fanden. Großdemonstrationen in DDR-Städten, vor allem die berühmten Montagsdemonstrationen in Leipzig, führten der DDR-Bevölkerung die Ohnmacht des SED-Regimes immer stärker vor Augen. Mit der Bildung einer *Sozialdemokratischen Partei* in der DDR (SDP), dem *Neuen Forum*, der Bürgerbewegung *Demokratie jetzt* oder dem *Demokratischen Aufbruch* wurde der Herrschaftsanspruch der SED offen in Frage gestellt. Der 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 markierte die letzte groß angelegte Selbstinszenierung des DDR-Regimes, welches unter dem Druck der Bevölkerung, die ihre Angst vor Repressionen zunehmend überwand und der die Vertreter/innen der Opposition in dieser Zeit als Sprachrohr dienten, unter der Massenflucht der Ausreisewilligen, dem Entzug der Unterstützung von Seiten der sowjetischen Führung und dem immer offensichtlicher werdenden Zusammenbruch der ökonomischen Leistungsfähigkeit des planwirtschaftlichen Modells schließlich zusammenbrach. Auch der zweifelhafte Versuch des Dialogs mit der Opposition, die Gewährung politischer Freiheiten, die inszenierte Reformierung der SED und die Absetzung Honeckers und schließlich die Öffnung der Mauer konnten die dadurch vom Regime intendierte Sicherung seines Einflusses nicht annähernd erreichen, sondern beschleunigten sogar die Erosion seiner Macht. Die Opposition und ihre Vertreter institutionalisierten ihre Arbeit verstärkt und schlossen sich zum Teil den in der Bundesrepublik etablierten Parteien an bzw. bildeten neue Parteien. Bereits mit den Volkskammerwahlen 1989 wurde der Einfluss vieler bedeutender DDR-Oppositioneller zurückgedrängt, da die in der Bundesrepublik amtierende Koalition aus CDU und FDP unter der Führung von Helmut Kohl es geschickt verstanden hatte, die Hoffnungen großer Teile der DDR-Bevölkerung in Richtung einer schnellen Wiedervereinigung und einer Währungsunion zu kanalisieren. Die von einer Mehrheit der Vertreter der DDR-Opposition favorisierte Option eines *Dritten Weges* in Form eines demokratisierten Sozialismus unter der Prämisse der Aufrechterhaltung der deutschen Zweistaatlichkeit fand bei den Wahlen des Jahres 1990 keine Mehrheit in der DDR-Bevölkerung.

Bibliografie

- Boehlke, Michael (Hg.)/ Gericke, Henryk (Hg.),** *Too much future – Punk in der DDR*, Berlin 2007.
- Florath, Bernd,** *Opposition und Widerstand in der DDR 1961-1990. Ein archivübergreifendes Bestandsverzeichnis*, (Verlag Basisdruck), Berlin 2008.
- Galenza, Ronald (Hg.)/ Havemeister, Heinz (Hg.),** *Wir wollen immer artig sein ...: Punk, New Wave, HipHop, Independent-Szene in der DDR von 1980 bis 1990*, Berlin 2005.
- Kaiser, Paul/ Petzold, Claudia (Hg.),** *Bobeme und Diktatur in der DDR. Gruppen Konflikte Quartiere 1970-1989*, Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 4. September bis 16. Dezember 1997, Berlin 1997.
- Kochan, Thomas,** *Den Blues haben. Momente einer jugendlichen Subkultur* (Berliner Ethnographische Studien 3). Berlin 2003.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.),** *Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989*, Berlin 2002, S. 287- 292.
- Maser, Peter,** *Die Kirchen in der DDR*, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 2000.
- Meckel, Markus/ Gutzeit, Martin,** *Opposition in der DDR: zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte*, Köln 1994.
- Moldt, Dirk,** *Zwischen Haß und Hoffnung – Die Blues-Messen 1979-1986*, Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Berlin 2008.
- Neubert, Erhart,** *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 1997.
- Poppe, Ulrike, Eckert, Rainer, Kowalczyk, Ilko-Sascha,** *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung - Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995
- Rüddenklau Wolfgang,** *Störenfried, DDR-Opposition 1986-1989*, (BasisDruck Verlag), Berlin 1992.
- Schnell, Gabriele,** *Jugend im Visier der Stasi*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, Potsdam 2001.
- Schroeder, Klaus,** *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, Bayerische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), München 1998.
- Staritz, Dietrich,** *Geschichte der DDR*, Frankfurt/Main, erweiterte Neuauflage 1996.